

„Berliner Tageblatt“ erscheint täglich... Preis 1 Mark pro Quartal...



Abonnements-Preis für das „Berliner Tageblatt“... Preis 1 Mark pro Quartal...

Berliner Tageblatt.

Nummer 165.

Berlin, Sonntag, den 31. März 1901.

XXX. Jahrgang.

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 26.

Politische Wochenschau.

Von Arthur Levysohn.

„Wenn die Könige bau'n, haben die Kärrner zu thun.“ Und wenn die Monarchen zu sprechen anfangen, fehlt es im Publikum nicht an Kommentatoren. Es war am Anfang der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, als ein spekulativer Stuttgarter Buchhändler unter großem Lärm ein Werk ankündigte, betitelt „Leben und Thaten Sr. Majestät König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen.“

Die letzten Reden Kaiser Wilhelms II. sowohl an den Präsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses wie an das Alexander-Gardebataillon beim Einzug in seine neue Residenz haben das eine gemeinsam, daß ein bitterer, unfeindlicher Zug durch sie geht und ihnen ein eigentümliches Gepräge verleiht. Die politischen Psychologen sind eifrig an der Arbeit, dieses Phänomen zu erklären. Wenn der Souverän dem Landtagspräsidenten gegenüber über die mangelnde Achtung vor der Autorität klagt, so kann man dem ausgiebigen Reaktion gegen jene jenseitig „alldutschen“ Stimmen erblicken, die an den verlängerten Aufenthalt des Kaisers in England anknüpfen, eine vorzügliche Kritik an der Vertreibung des Schwargen Alexanderens an Lord Roberts üben und bei dem Begräbnis der kaiserlichen Großmutter bekundeten Familiensinn mit größerer oder geringerer Beherrschung benütigen. Wenn andererseits der Kaiser in der Rede an die „Alexanderer“ an die Tage der Bewegung von 1848 erinnert — was bei diesem Regimente gerade vielleicht am nächsten lag, da es in den Märztagen jenes Jahres die Straßenkämpfe in Berlin mit durchgeschritten — so hat dem Kaiser dabei vielleicht in eigenhändiger Phrasenlogik das bekannte Lied Julius Mölners vorgeschwebt, das ihm wohl noch aus seiner Studentenzeit in Erinnerung war:

„In Paris'au schwinen Tandem auf den Knien: Kein Schuß im heiligen Kampfe sei gethan! Tambour schlag an! Was' Blauschloß laß mich zehen! Mir greifen mir mit Bajonetten an!“

Demnächst liegt schließlich ein Grund vor, anzunehmen, daß in Berlin zum Schluß der Dynastie und zur Aufrechterhaltung der Ordnung das Eingreifen eines Regiments mit gefälltem Bajonnet nötig werden könnte. Möglicherweise ist denn auch das rednerische Bild, wonach die Krone sich auf die Bajonnette ihrer Leibwache stützen solle, nicht gar so ernst gemeint gewesen, wenigstens nicht gegen Berlin und gegen die Berliner. Denn sonst wäre schwerlich zu dieser Reklameneinweisung der Oberbürgermeister von Berlin durch eine besondere Einladung ausgesprochen worden, wie dies ja tatsächlich der Fall gewesen.

Wie dem immer auch sei — es kann leider nicht geleugnet werden, daß die hier wiedergegebene Auslegung der kaiserlichen Worte von der öffentlichen Meinung im In- und Auslande nicht geteilt worden ist. Auch ist allerdings Kaiser Wilhelm schon seit lange daran gewöhnt, seine oratorischen Rundgebungen mißverstanden, falsch ausgelegt oder nicht so gewürdigt zu sehen, wie es wohl wünschenswert gewesen wäre. Da aber alles, was der Repräsentant der deutschen Nation in öffentlicher Manifestation tut oder unterläßt, in Beziehung zu dem Prestige geht, welches Deutschland besitzt, so kann es nur mit Betrübnis erfüllen, wenn die Auslassungen des Monarchen in seinen Feinden die Handhabe bieten, das Kapital der Achtung, die wir genießen, in häßlicher Weise anzutasten. Was ein Soldat zu Soldaten spricht, sollte überall mit anderem Maße gemessen werden als mit jener Kritik, die an Regierungsansprechungen angelegt werden darf. Da dies aber erahnungsgemäß nicht immer und nicht überall geschieht, so wäre es jedenfalls richtig, wenn dafür Sorge getragen würde, daß die Rednerinnen des Kaisers in solchen Fällen in authentischer Weise in die Deffektivität gelangen. Denn alle die bisher publizierten Versionen über die Reden sind, was man nicht verzeihen darf, durchaus ihrem Wortlaut nach unverbürgt.

Auch über unser Verhältnis zu Rußland soll Kaiser Wilhelm gesprochen und erklärt haben, daß wenn sich einige Wolken in das Verhältnis zwischen ihm und dem Zaren gedrängt hätten, diese jetzt völlig wieder verschwunden seien. Es ist bemerkenswert, daß diese ebenfalls unverbürgte Mitteilung des Souveräns zeitlich nahezu zusammenfällt mit der Erklärung des Reichskanzlers im Reichstage, daß Graf Kaunitz doch ihm zu seiner großen Rede vom 15. März ausdrücklich jene Anerkennung ausgesprochen und seine völlige Übereinstimmung mit den darin niedergelegten Anschauungen erklärt habe. Damit sind denn auch alle jene von mehr oder weniger interessierten Ästheten angestrichelten Berge hinfort geworden, nach denen wir uns durch den Yangtsch-Vertrag der englischen

Politik völlig verschrieben hätten. In England hat man denn auch einigemmaßen Ischael gesehen zu dem Freundschaftsvertrag, das sich Graf Bulow von russischen Minister des auswärtigen hatte ausstellen lassen.

Im Konbener Parlamente mußte schließlich Lord Lansdowne eingestehen, daß die deutsche Auffassung der Pflichten, die der Yangtsch-Vertrag den Kontrahenten auferlege, ziemlich erheblich, wenigstens in Bezug auf die Mandchurie, von der britischen Auffassung abweiche. Deutschland hat sich für allemal schon in den Verhandlungen erklärt, daß es die Mandchurei nicht zu jenen chinesischen Gebietsstücken rechne, deren Unantastbarkeit im Interesse der Integrität des chinesischen Reiches jener Vertrag verleihe. In England hat man diese deutschen Vorbehalte, wie es scheint, wieder vergessen oder nicht ernst genug genommen, und so sah sich Lord Lansdowne in längerer Rede genötigt, vor dem Parlament einen Rückzug anzutreten und den englischen Freischauwiniten begrifflich zu machen, daß das Kabinett von St. James nicht in der Lage sei, anders als in platonischer Weise gegen den russisch-chinesischen Mandchurien-Vertrag Verwahrung einzulegen.

Dieser Vertrag ist freilich noch nicht perfekt geworden, und es steht auch zu erwarten, daß man von Petersburg aus sich halten werde, die nun überzogenen russischen Generalen angehängtenden Amerikensichtheten betrefis der Mandchurie schon jetzt zu verwickeln. An der Rema hat man neben den auswärtigen auch Gründe der inneren Politik, die davon abzuhalten, das Seil zu straff zu spannen. Die Petersburger Studenten unruhigen, die Attentate auf den Unterrichtsminister und auf den Professor des heiligen Schind sind Symptome, die auch ein Selbstherrlicher aller Reichen nicht außer Acht lassen darf. Der wohlmeinende Kaiser Nikolaus hat der studierenden Jugend gegenüber bereits in würdiger Weise nachgegeben. Die Bestimmung, wonach überprüfende Studenten zur Strafe unter das Militär gestellt werden sollen, wird gegen die sich jenseitig die Erweiterung der Studierendenzahlen, ist in aller Form zurückgezogen worden, nachdem auch hervorragende Generale keinen Anstand genommen, ihre Stimme dagegen zu erheben, daß man die Armeegewissensmaßregeln als Strafmaßnahme benutze.

Vielleicht hat man auch in Petersburg die Befolgung gesagt, daß, wie man von dort aus beim verhandeln Franzreich gegen die Einführung der zweijährigen Dienstzeit Protest erhoben, die Republik in gleicher Weise sich dagegen verwahren könne, das verbündete russische Heer durch widerwillige Elemente, wie sie die bestrafte Studenten darstellen müßten, verunruhigt zu sehen. Man hat daher auch gleichzeitig jenen russischen Militärschicksale in Paris, der sich die Einführung in die französischen Seereserveeinrichtungen hatte befehlen lassen, den Grafen Murawiew-Aurkesti, einfach durch französisches Exil abzuführen. Das Kabinett Waldeck-Rousseau darf diese Entscheidung des Zaren als ebenbürtigen Erfolg seinem Rufe zuschreiben wie dem Triumph, den es in der Kammer mit der Durchdringung des gegen die Konarregierungen gemühten Vereinsgesetzes errungen hat. Freilich ist die republikanische Regierung damit noch nicht ganz über den Berg der Verlegenheiten, die von ihr abzuwenden werden müssen. Der Streit der Hafenarbeiter in Marseille, der dem Handel Frankreichs so schwere Wunden schlägt, ist immer noch nicht ganz beendet, wenn auch schon erfreuliche Anzeichen dafür vorliegen, daß eine Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer trotz der gewissenlosen Hegeleyen der Nationalisten in Sicht ist.

Sehr merkwürdig nahm sich bei diesem Marscheil Zwischenfall die immer wieder im Volke durchdringende Feindseligkeit gegen die Italiener aus, das man dafür verantwortlich machte, den Streit zu Gunsten des Kaisers von Genoa wenn auch nicht angestiftet, so doch mit geheimen Geldmitteln unterstützt zu haben. Und diese Aufschuldigungen wurden laut in einem Augenblicke, da hochwürdige Kreise alles anboten, um durch die frantoi-tanische Flottenumgebung in Toulon vor aller Welt die geistige und materielle Interessengemeinschaft Frankreichs und Italiens darzutun. Deutsche italienische Politiker werden aus diesen unpragmatischen Regungen der französischen Volkseise, wie sie aus Anlaß des Marscheil Streiks zu Tage traten, unmarum erwidernswertliche Schlüsse ziehen müssen.

Während so auf dem europäischen Kontinente die Sympathien und Antipathien der Völker eine sehr eindringliche Rolle spielen, machen man seitens des Altatlantischen Ozeans die Beobachtung haben können, daß dort für die politischen Gestaltungen nur die Interessen in erster Reihe stehen. Mit dem besten Willen haben die Vereinigten Staaten schließlich einen modus vivendi gefunden, der lediglich auf der Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen fußt. Das schließt allerdings nicht aus, daß das Kabinetts imperialistisches Programm in Bezug auf die Philippinen mit Waffengewalt durchgeführt werden mußte. Die Selbsterhaltung des Führers der Unabhängigen, des italienischen Aguirre, scheint den Kämpfen aus jener den Spaniern entzifferten Inselgruppe ein Ende bereitet zu haben. Nun können die Vereinigten Staaten zeigen, ob sie kolonialistische Begabung genug besitzen, um den verwickelten und von jahrelanger Mißwirtschaft behingelteten Inselkomplex einem günstigeren Geschick entgegenzuführen.

Essentiell besitzen sie für die Lösung dieser Aufgabe eine

glücklichere Hand, als sie einst die Spanier und Portugiesen auf amerikinischem Gebiet bekundet haben. Die ehemals spanisch-portugiesischen Kolonien in Südamerika leiden noch heute unter den Nachwirkungen dieser säuberlichen Fremdherrschaft. Auch das größte Territorium unter ihnen, das ehemalige Kaiserreich Brasilien vermochte sich noch immer nicht ganz von der iberischen Luftströmung der Pronunciamentos zu befreien. Eben erst entging der brasilianische Staatenbund mit genauer Noth einer monarchistischen Erhebung, die von dem Admiral Welles mit der Flotte geplant worden war. Wenn auch das republikanische Prinzip diesmal noch unbeschädigt davonkam, so muß doch die Befürchtung ausgesprochen werden, daß damit die Wera der Pronunciamentos für die sogenannte brasilianische Republik noch nicht endgültig abgeschlossen sei.

Der Minister für Handel und Gewerbe hat nunmehr den Vorklären der Kaufmannschaft von Berlin durch Verfügung eröffnet, daß er gemäß dem an ihn gerichteten Antrag die Eröffnung einer Handelskammer Berlin und zwar unabhängig davon, ob die Korporation der Kaufmannschaft sich ihrerseits in eine Handelskammer umwandeln oder nicht, genehmigen wird. Der Minister hat unter diesen Umständen die Vorklären der Kaufmannschaft nochmals aufgefordert, ihrerseits sogleich eine Generalversammlung der Korporationsmitglieder mit der Tagesordnung „Umwandlung der Korporation in eine Handelskammer“ einzuberufen und in dieser Generalversammlung die Umwandlung der Korporation in eine Handelskammer zu unterstellen.

Wie unser Straßburger Korrespondent aus absolut zuverlässiger Quelle erfährt, haben die Verhandlungen, betreffend weitere politische Konzeptionen an Geschäftsführern, Verhandlungen, zu denen der Staatsrat Fürst Hohenzollern-Langenburg in Begleitung des Staatssekretärs v. Pottamer nach Berlin gereist war, zu einem bestimmten Ergebnis noch nicht geführt. Man hält in Berlin, entgegen den Anschauungen des Fürsten-Statthalters, den Augenblick für Anhebung des Disparitätsgrades nicht für geeignet. Doch ist auch keine prinzipielle Ablehnung erfolgt. Die Entscheidung wurde nur vertagt.

Die Mörchinger Anthat; ihre Urjachen und ihre Sühnung.

Mit Schaudern nur kann man der furchtbaren Anthat gedenken, zu der sich ein Offizier in einem Aktf hirtzeigen lich. Inwiefern der unglückliche Mann für seine Entsetzen erregende That verantwortlich zu machen ist, darüber ist jetzt, nachdem der Urtheilspruch gefällt, der Streit gegenstandslos. Zudem wird in den allermeisten Fällen die Meinungsverschiedenheit über die individuelle Zurechnungsfähigkeit zwischen Juristen und Psychiatern nicht auszugleichen sein.

Letztere werden sehr oft angezogen sein, aus gewissen Erregungen im Seelen- oder Verstandesleben eines einzelnen Individuums auf eine nicht vollkommene Zurechnungsfähigkeit zu schließen, während Erstere mehr eise nicht auf pathologische Voraussetzungen beruhenden kriminalistischen Auffassung zuneigen.

Es kommt überhaupt bei der Beurteilung dieser Mörchinger Katastrophe gar nicht auf die Abklärung des Maßes der Zurechnungsfähigkeit an. Der Kern dieser Angelegenheit liegt vielmehr ganz wo anders. Der Hintergrund, auf welchem sich jener erschütternde Vorfall abspielte, muß vielmehr einer feinsinnigen, hirtstollen Betrachtung unterworfen werden. Die militärischen „Liebesmahl“ — wie man gewisse offizielle Offiziersveranstaltungen nennt — sind in unserem lieben deutschen Vaterlande zu einer unverwundlichen gesellschaftlichen Sitte geworden. Dabei muß denn dem Weme häufig ausgesprochen. Wer wollte auch darüber in phantastischem Eifer, wenn Offiziere bei herrlichen Gelegenheiten ein Glas über den Durst trinken? Aber — dies unerbittliche Zeichen macht verufen uns in Ost und West“, sagt Kaunitz.

Zwischen einem trüblichen Gelage und einer wüsten Zecherei, bei der verschiedene Weinstorten hintereinander getrunken, bei der unendliche Mengen Bieres bummelgestürzt werden, ist doch noch ein gewaltiger Unterschied. Nach einem Liebesmahl, bei dem dem Rheinwein, dem Champagne nichtig zugelassen wird, auch noch nach stundenlangem ruhigen Beobachter doch ein wenig furchtbar vor. Das ist des Guten entschieden zu viel, und dem sollte daher ein für allemal Einhalt getan werden. Der Dänenprinz ist unvollkommen Rechte, wenn er über dieses Zeichen das Wort ausspricht: „Das ist ein Brauch, von dem der Bruch mehr eht als die Befolgung.“

Unseres Dafürhaltens wäre es hoch an der Zeit, wenn von maßgebender Stelle aus dem Teufelskreis bei dieser Liebesmahl gesteuert würde. Die Teufelsmächte der Studenten und der Offizierskorps sind leider für sehr viele Gesellschaftsklassen vordringlich geworden. Es wäre daher eine soziale Pflicht, auf die Behebung dieser Gewohnheiten hinzuwirken. Dadurch würde ein nicht zu unterschätzender sozialer Fortschritt angebahnt werden, während die bestehenden Trun-